

Stellungnahme der CDU Ortsunion Hilstrup zum Wettbewerbsverfahren „Baugebiet Nördlich Osttor“

Mit dem geplanten Baugebiet „Nördlich Osttor“ soll aus einer vorwiegend landwirtschaftlich genutzten Fläche lebendig gestalteter Raum werden. Das Baugebiet liegt in einem Außenstadtteil, der eher dörflich geprägt ist. Diesem Umstand und auch der Lebensrealität der aktuellen und künftigen Bewohnerinnen und Bewohner in Hilstrup-Ost muss aus unserer Sicht Rechnung getragen werden.

Die eingereichten Architekturvorschläge müssen daher folgenden Anforderungen genügen:

Thema Verkehr und Erschließung:

Das Osttor ist bereits heute stark durch PKW- und LKW-Verkehr belastet. Insbesondere zu den Stoßzeiten am Morgen sowie in den Feierabendstunden staut es sich. Die Bewohner müssen lange warten, bis sie in Seitenstraßen abbiegen können. Die Stadtverwaltung betont, dass es für eine Handlungsfähigkeit notwendig sei, dass die Straßenbaulast der Straße Osttor an die Stadt Münster übertragen wird und verweist auf laufende Gespräche. Aus unserer Sicht hätte eine nachhaltige Verkehrsplanung auch ohne Übertragung bereits erfolgen müssen. Die Kapazitäten des Osttores müssen eine flankierende Rahmenbedingung. Ist kein angemessener Ausbau möglich, so ist die Anzahl der Wohneinheiten deutlich zu reduzieren. Aufgrund der Lage in dem Außenstadtbezirk werden die Bewohner und Bewohnerinnen immer ein Stück weit auf das Auto angewiesen sein. Dieser Lebensrealität muss die Stadtverwaltung Rechnung tragen. Sonst sind Konflikte vorprogrammiert. Wir fordern einen klaren Ausbau Albersloher Weg / Knotenpunkt Osttor.

Thema KfZ-Stellflächen und Quartiersgaragen:

Die CDU begrüßt, dass in den Randbezirken des Baugebietes auch Parken am Haus möglich sein soll. Im vergangenen Jahr wurden nach Angaben der Stadtnetze Münster 2849 neue Photovoltaik-Anlage – und damit fast dreimal so viele wie im Vorjahr – an das öffentliche Stromnetz angeschlossen. Diese Photovoltaik-Anlagen sind für die Versorgung von Haushalten eine klimafreundliche Alternative. Der privat mit Sonne erzeugte Strom wird vielfach auch für das Aufladen von E-Autos genutzt. Dies setzte jedoch voraus, dass es KfZ-Stellflächen nah am Haus gibt.

Auch für Familien, ältere Bewohner und Bewohnerinnen sowie körperlich eingeschränkte Personen ist eine am Haus liegende, ebenerdige Kfz-Stellfläche vorzusehen.

Insgesamt ist eine ausreichende Anzahl an Stellplätzen vorzusehen – an Privathäusern, an der geplanten Schule (für das Schulpersonal), an den Sportstätten sowie bei den Einkaufsmöglichkeiten. Der Motorisierungsgrad in Deutschland hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Wir begrüßen die Förderung umweltfreundlicher Fortbewegungsmethoden. Gleichzeitig müssen wir aber auch anerkennen, dass in jedem vierten Haushalt zwei oder mehr Autos vorhanden sind (Quelle: Umweltbundesamt – Mobilität privater Haushalte). Es ist eine Wunschvorstellung zu glauben, dass die vorgesehene geringe Anzahl von 0,5 Stellplätzen pro Wohneinheit dazu führt, dass die künftigen Bewohner auf andere Verkehrsmittel umsteigen. Hier sind alltagstaugliche Lösungen vorzusehen.

Überdimensionierte Quartiersgaragen im Wohngebiet sollten vermieden werden. Es ist darauf

bar sind. In Randlagen in Nachbarschaft zu Schule/Sportstätten sind erweiterte Parkdecks zur Aufnahme des ruhenden Verkehrs denkbar. Reihen- und Doppelhäuser sollten mit einer Mobilitätsfläche von etwa 3 x 6 m ausgestattet sein, um flexibel Mobilitätsbedarfen gerecht zu werden.

Thema Bebauung, Dichte und Geschossigkeit

Gemäß Wettbewerbsauslobung ist grundsätzlich ein bis zu sechsgeschossiges Bauen möglich, wobei als weitere Rahmenbedingung etwa 55 Wohneinheiten je Hektar vorzusehen sind. Hier ist aus unserer Sicht jedoch zu berücksichtigen, dass erhebliche Flächen für die Schule, Einkaufsmöglichkeiten, Grünflächen und weitere Aufenthaltsräume vorgesehen sind. Die für reines Wohnen verbliebene Fläche ist deutlich geringer, so dass hier letztlich mehr Wohneinheiten zusammenkommen dürften. Baugebiete sollten nicht einseitig nach funktionalen oder ökonomischen Kriterien geplant werden, sondern als vielfältige Lebenswelten. Damit sich künftige und aktuelle Bewohner und Bewohnerinnen Hilstrup-Osts hier weiter wohlfühlen, muss das Baugebiet auch in seiner Dichte und Geschossigkeit zu einem Außenstadtbezirk passen. Das ist bei einer Sechsgeschossigkeit aus unserer Sicht nicht der Fall. Die geplanten 55 Wohneinheiten je Hektar sollten sich zudem nur auf die reinen Wohnflächen beziehen. Damit sich der städtebauliche Entwurf harmonisch in die Umgebung einfügt, sollten in der Regel 3 Vollgeschosse nicht überschritten werden.

Es ist mehrheitlich sozialer Wohnungsbau vorgesehen. Wir haben und wollen auch weiterhin eine vielfältige Gesellschaft. Verschiedene Denkweisen, Lebensvorstellungen oder auch kulturelle Hintergründe fördern die Kreativität und Innovation. Wir wünschen uns für das Baugebiet eine große Vielfalt und Durchmischung. Rund 60% sozialer Wohnungsbau ist unserer Sicht jedoch dazu geeignet, dass es zu sozialen und integrativen Problemen in dem Quartier kommt. Die so provozierte soziale Ungleichheit zwischen bestehender Bebauung und neu geplantem Baugebiet bedeutet einen zunehmenden Segregationsprozess. Der Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Kriminalität sind eine Folge räumlicher Konzentration („Soziale Ungleichheit und Kriminalität im urbanen Raum“, DeGruyter 2023 in Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform).

Das geplante Baugebiet wird nur dann Akzeptanz bei den Bewohnerinnen und Bewohnern finden, wenn damit ein erkennbarer Zugewinn verbunden ist. Das neue Baugebiet muss Hilstrup bereichern. Ziel ist es, ausreichend Wohnraum zu schaffen, eine gute Ausstattung mit sozialer Infrastruktur und attraktiven Freizeit- und Sportflächen zu realisieren, ohne das Baugebiet von der Umgebung mit seinen vielen Einfamilienhäusern zu entkoppeln. Dazu gehört, dass die Gebäude in der Regel höchstens 3 Vollgeschosse aufzeigen, aber auch, dass soziale Ungleichheiten zwischen neuen und bestehenden Wohngebieten vermieden werden.

Damit das Quartier langfristig eine gute Perspektive für alle Bewohner und Bewohnerinnen bietet, muss es lebenswert bleiben. Dafür ist eine soziale, wirtschaftliche und ökologische Ausgeglichenheit erforderlich. Reine Ideologien – in welche Richtung auch immer – sind hier fehl am Platz.

Eine möglichst breite Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit an der Infoveranstaltung der Verwaltung am 1. Februar um 18 Uhr in der Aula des Immanuel-Kant-Gymnasiums wäre aus unserer Sicht wünschenswert.

Wir sind sehr gespannt auf die Ergebnisse des Wettbewerbsverfahrens. Sollten die vorgestellten Entwürfe die dargestellten Punkte aber nicht erfüllen, so ist eine Nachbese-